

Fr. 186. Maschen...
Fr. 187. XV. Jahrgang.
Aufgabe 100 000 täglich.
Freitag, 12. Juli 1907.

Dresdener Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Größte Auflage in Sachsen.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4.
Fernsprecher: Redaktion Nr. 3997. Expedition Nr. 4545, 4571, Verlag 543.

Abonnement:
In Dresden und Vororten monatlich 60 Pf., pro Quartal 1,80 Pf., pro Jahr 5,40 Pf., durch unter Postamt-Direktion monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Pf., pro Jahr 5,85 Pf. Die Beilagen "Dresdener Illustrierte" pro Monat 15 Pf. mehr.
In Deutschland und den deutschen Kolonien: Postbezugspreis A monatlich 60 Pf., pro Quartal 1,80 Pf., pro Jahr 5,40 Pf., durch unter Postamt-Direktion monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Pf., pro Jahr 5,85 Pf.
In Ost- und Westpreußen: A monatlich 65 Pf., pro Quartal 1,95 Pf., pro Jahr 5,85 Pf., durch unter Postamt-Direktion monatlich 70 Pf., pro Quartal 2,10 Pf., pro Jahr 6,30 Pf.
Für die Schweiz: A monatlich 70 Pf., pro Quartal 2,10 Pf., pro Jahr 6,30 Pf., durch unter Postamt-Direktion monatlich 75 Pf., pro Quartal 2,25 Pf., pro Jahr 6,75 Pf.
Nach dem Auslande per Postnachnahme pro Woche 1 Pf.

Diese Nummer umfasst 12 Seiten. Roman Seite 9 und 10.

Wahlrecht und Kamarilla.

Im Mittelpunkt aller politischen Erörterungen steht jetzt die Regierungsvorlage über das neue Wahlrecht. Alle Zeitungen und alle Blätter der politischen Meinung sind voll davon, weit über Sachsen Grenzen hinaus mit unsern Lesern bereits mitgeteilt. Es ist ein weitestgehendes Echo, das der Rundgebung der sächsischen Regierung entgegenhallt. Da heißt es grundsätzlich sich von "aufrichtiger Freude" über den Entwurf oder von "anfechtlichem und heraldischem Dank" für die Tatsache dieser Verlautbarung, wie sich das konservative "Vaterland" ausdrückt. Da werden aber auch scharfe Töne radikaler Kritik laut, die den Entwurf als "formalistischen Vandalismus", als "Verstoß gegen die Demokratie" bezeichnen und auffordern: "Wahlrecht das Schiefere in die Wahlrecht!"

Es ist bezeichnend, daß der Entwurf auf zwei völlig entgegengesetzten Seiten so lebhaft die Aufmerksamkeit erregt. Einerseits nämlich bei dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie; die bekannte sozialistische "Volkszeitung" fordert dazu auf, das "Unrecht, das man als Wahlrecht anzunehmen mag, zu kritisieren und zu verurteilen". Andererseits dieselbe radikale Kritik, die den extremen Sozialisten natürlich aus anderen Gründen. Die in engerer Führung mit maßgebenden sächsischen Sozialisten lebende "Deutsche Tageszeitung" faßt in vier knappen Thesen die Gründe zusammen, die den Entwurf für einen unannehmbaren Vandalismus unannehmbare machen.

Was aber soll aus dem Kindlein werden? In knapp 4 Monaten wird in dem neuen Wahlrechtsamte am Schloßplatz Rede und Gegenrede das Schicksal des Entwurfs umstritten. Wird es dem größten Staatsmann gegeben, sein Votum durch die Stimmgebung zum Gesetz zu bringen? Oder wird er in Sturmmedien noch wachen Bekanntheit seiner mannigfachen Bedenken über den Entwurf bringen? — Der Entwurf bedeutet die Änderung unserer Verfassung. Dabei mußten sowohl in der ersten wie in der zweiten Stimmkammer mindestens zwei Drittel der Abgeordneten für den Entwurf stimmen, wenn er Gesetz werden soll. Es ist kein Zweifel, daß demnach das Schicksal des Entwurfs zunächst ganz und gar von der Stellungnahme der Konservativen abhängt. Denn, von der ersten Kammer ganz zu schweigen, in der zweiten Kammer verfügen die Konservativen über nahezu zwei Drittel der Abgeordnetenstimmen. Selbst wenn die Radikalen zum großen Teil für die konservativen Partei ganz ungenügend anhalten, wird nicht die der Tatsache geändert, daß die Stimmen der konservativen Partei allein neues Wahlrecht Gesetz werden kann. Mit dieser Tatsache, die seit dem unglücklichen Dreiklassenwahlrecht von 1890 wie ein Alp auf Sachsen schwebt, mußte leider auch die Regierung rechnen. Der enge Zirkel des Entwurfs erklärt sich aus dieser Schwierigkeit. Da haben wir zunächst den vorgeschlagenen Vorstoß der Dreiklassenwahlrecht, der fast überall Zustimmung findet. Dann das Pluralstimmenrecht, über das sich selbst vom Standpunkte der unbedingten Anhänger des allgemeinen gleichen Wahlrechts immerhin noch reden läßt. Wenn dieser Teil des Entwurfs alle in Welch würde, wenn ein demartig gehaltenes Wahlrecht die Zusammenlegung des allgemeinen sächsischen Landtags bestimmte, so wäre das unannehmlich ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem jetzigen Stande.

Die Stellung der Konservativen.

Angeht die vorstehend gekennzeichneten politischen Lage mühte die für gestern abend anberaumte Sitzung des konservativen Vereins besonders Interesse erregen, denn sie brachte die erste Aussprache in dieser Partei über den Wahlrechtsentwurf der Regierung. Die im Saale des "Palmengartens" abgehaltene Versammlung war gut besucht; man sah außer zahlreichen bekannteren Angehörigen der konservativen Partei eine Anzahl von Mitgliedern der Regierung, auf der einen Seite aber auch liberale Politiker, wie den Reichstagsabgeordneten Dr. Heine, die der Einladung des Vorstandes zu der Sitzung gefolgt waren. Die Herren Geh. Hofrat Dr. Reymert, wie Justizrat Dr. Opitz schloßen. War somit schon das Bild dieser Versammlung ein etwas ungewöhnliches, so war es nicht minder ihr Verlauf, der eine geradezu sensationelle Ueberraschung brachte.

Zunächst erhaltete Herr Landtagsabgeordneter Herr v. Rostky das Referat über den Regierungsentwurf. Er begrüßte zunächst die Vorlage warm als einen gangbaren, guten Weg zu einer wirklichen Wahlrechtsreform, als ein Gebilde, das den eigentlichen Verhältnissen unseres Landes möglichst gerecht zu werden suche und geeignet sei, ein Spiegelbild der wahren Volksstimmung zu geben. Ein wohlwollender Wille zur Gerechtigkeit gehe durch das ganze Werk. Ueber Einzelheiten freilich ließe sich streiten, und das werde Aufgabe des Landtags bei der Beratung sein. Der Redner gab sodann in klarer, übersichtlicher Darstellung ein Bild des Entwurfs. Er ging zunächst auf die Wahl von 40 Abgeordneten durch die Kommunalverbände ein und erörterte die gegen diesen Teil der Vorlage erhobenen Einwände, daß nämlich diese Wahlen ein neues indirektes Wahlrecht darstellten, daß sie das politische Interesse erdrückten, daß sie nicht mehr den Ausdruck der Volkstimmung darstellten, da die Regierung durch die Aufschwemmung eines großen Einflusses darauf haben würde, u. a. Auf ein Urteil über die Berechtigung dieser Einwände verzichtete der Redner, er erklärte nur, daß den Gründen der Regierung mitnichten gleicher Wert beizumessen sei, wie den Einwänden. Eine andre Frage sei die, ob die Wahl von 40 Abgeordneten in dieser Kategorie nicht zu hoch bemessen sei, ob es nicht mindestens zu erwägen sei, die Zahl der frei gewählten Abgeordneten dagegen auf etwa 40 oder 50 zu erhöhen, damit das direkte Wahlrecht den unter Umständen wünschenswerten größeren Einfluß erhalte.

Auf den zweiten Teil des Entwurfs, die Verhältniswahl, übergehend, bezeichnete Abg. v. Rostky diese Wahl in ihrer Verbindung mit dem Pluralstimmrecht als einen sehr glücklichen Gedanken und begrüßte ganz besonders warm die Befestigung eines Unterschiedes zwischen sächsischen und sächsischen Wahlkreisen, die damit verbunden sei. Der Redner stellt an der Hand der Statistiken die Steuerleistungen von ländlichen und städtischen Besitz gegenüber, die eine einseitige Bevorzugung des ländlichen Besitzes in nicht redlicher Weise, und bezeichnet in scharfer Polemik gegen die agrarische "Tageszeitung" das bisherige System direkt als eine fälschliche Verschönerung des Gegenstandes zwischen Stadt und Land. In Uebereinstimmung mit dieser Anschauung kritisierte Herr Abg. v. Rostky auch sehr scharf die Bestimmung des Entwurfs, in der die Pluralstimme ohne Rücksicht auf das Einkommen den für die Wahl zum Landtagsamt Berechtigten zugewiesen wird. Der Redner meinte, mit demselben Rechte könnten die gleiche Bevorzugung verlangen, und sagte wörtlich: "Die Regierung muß diese Kon-

Eine Abgabe an die Nebenregierung.

Herr Staatsrat v. Rostky-Ballwig, der in der Debatte als erster Redner das Wort ergriff, dankte zunächst dem Referenten dafür, daß er sich nicht auf den Standpunkt gestellt habe wie ein Konservativer und sogar ein nationalliberaler Mann, die da meinen: in magna voluisse est. — Nein, gemerkt sei nunmehr genug, es müsse vielmehr endlich etwas geschickter gerade die konservative Partei, die für den gegenwärtigen Zustand zu einem guten Teile die Verantwortung mitträgt, müsse auch den eigenen Willen zur Besserung bekunden. Von diesem Gesichtspunkt aus begrüßt der Redner es mit Freude, daß der erste Landtagskandidat, der den ersten Willen bekunde, auf dem von der Regierung gewiesenen Wege etwas Brauchbares zu schaffen, gerade der konservative Herr v. Rostky sei. Auf den Regierungsentwurf selbst eingehend, meinte der Redner: Etwas vier oder fünf Punkte dürfe man nach seiner übrigens ganz persönlichen Ansicht heute wohl schon als einigermassen feststehend bezeichnen:

1. Die allgemeine Verhältniswahl sei unbedingt zu akzeptieren und damit zugleich die Unterscheidung zwischen sächsischen und ländlichen Wahlkreisen aufzugeben;
2. die Ausschüttung aus der zur Gewerbesteuer kammer Wahlberechtigten durch eine Zustimmungserklärung wünschenswert;
3. die Garantien gegen ein Ueberfluten durch die Sozialdemokratie bedürftig, wenn anders die Berechnungen des Regierungsentwurfs auch nur annähernd zuträfen, keinesfalls der Verschärfung;
4. die gegen das Wahlrecht der Gemeindevertretungen und Bezirksverbände bestehenden Bedenken seien mindestens so lange zurückzustellen, als die Gefahr vorliegt, daß die Streichung des Kommunalverbandswahlrechts den ganzen Entwurf als solchen zum Scheitern bringen würde;
5. auch der zu erwartende Verlust an Mandaten und die Nachschüsse, welche die Verteilung von der Einführung der Kommunalverbandsmaßnahme etwa zu befürchten habe, dürfe für die konservative Partei kein Grund sein, dem Entwurfe entgegenzutreten.

Herr v. Rostky bezeichnete im Anschluß daran die Verhältniswahl als den glücklichsten Ge-

Deutsche Armee, Marine, und Koloniallandstellung.

Die in der Vergangenheit ihrer Anordnung und in all dem Rebenständlichen und Ueberrücklichen, das sie bietet, von Anfang an den Ueberflutungen in sich trug. Die Auslieferung als solche ist zwar schon vor der Eröffnung finanziell gesichert gewesen, die Auslieferung aber kommen nicht weniger als auf ihre Kosten, und ihre Folgen mehrten sich von Tag zu Tag. Am schlimmsten sind die Unternehmungen und Ueberflutungen, das mangelt Interesse des Publikums, sondern auch unter der Leitung der Regierung zu leiden haben und die beträchtlichen Pachtsummen heute schon als vergeblich geachtet anzu sehen dürfen. Die alten Protokollverhandlungen gegen die Auslieferung ab — es blüht ihnen herlich wenig, denn ihr Geld ist nun einmal so gut wie verloren.

Ganz anders realisiert die interessante Auslieferung von Erfindungen der Kleinfabrik, die diese Tage in der Audienzsaal am Zoologischen Garten eröffnet wurde, und somit nichts nach dem Weiter zu fragen hat. Sie lohnt einen Besuch und bringt in der Mannigfaltigkeit ihrer Objekte für jeden etwas, was anregt und belehrt. Besonders fesselt in das Modell eines absolut feuerfesten Theaters, das hier praktisch vorgeführt wird. Es handelt sich darum, daß bei etwaiger Gefahr das ganze Publikum per Schuß an die frische Luft befördert wird. Barfett und Ränge können nämlich mittels einer elektrisch angetriebenen Kurbel, zu deren Bedienung nur ein Mann gehört, einfach mit ihrem gesamten lebenden Inhalt zu den Wänden hinaufgerollt werden. Wenn die Erlösung von unsern Bühnen aufgenommen werden sollte, so bieten sich ungeahnte Möglichkeiten. Der Theaterspremierensandal verändert, indem er die Zuschauer schließlich durch eine Aufschreibung aus dem Tempel hinaufrollte.

Eine andre hübsche Erfindung bedeutet der "Neuerweiser", der es ermöglicht, Zimmerfenster beliebig nach außen oder innen zu öffnen. Elektrisch arbeitende Scheren dienen zum Zuschneiden, die berühmte "hängende Bogenlampe" zeigt sich sehr vervollkommnet, indem sie jetzt durch eine mit ihr verbundene Klaviatur fehlerlos kleine Rädchen zum Vorwärtsdringen. Ein merkwürdiges Ding ist Rumers's Selbstschneider, der sich als sehr wertvoll nachteilig für die Strahlenbeugung erweisen dürfte. Er reguliert sich selbst und tritt in Tätigkeit, sowie er von Dunkelheit umgeben ist, während eine "Mamma" selbst

Berliner Brief.

Von unserm R. W. Korrespondenten.
Das letzte Berlin. — Normalberliner und andre. — Alpenport auf den Nüssen und transportable Sonnenbäder. — Das Grunewald-Stadion. — Der Kaiser und seine Liebsten und Liebsten. — Die Mißverständnisse zum Verhängnis. — Eine Auslieferung von Erfindungen der Kleinfabrik. — Das Feuerfestes Theater. — Die man Premierensandal verändert. — Der Erlinder in der Theaterwelt.

Berlin, 10. Juli.

Die "Großen Ferien" haben begonnen — Berlin ist "leer" geworden. Jeder, der es irgend kann, und auch die, die es eigentlich nicht können, haben die Sommerstadt und den Staub der Großstadt für ein paar Wochen von den Füßen geschüttelt, um dafür die haubfreie Luft an der See und im Gebirge einzuatmen. Wer in den letzten Tagen unreife Bahnhofsbesuche, konnte seine Freude an dem Abschiedsfeierlichkeiten, an dem Lärm, an den Freuden und Freuden. Ferne die schnell über den Untergrund zwischen Gassen und Gassen, die unterirdischen Gassen, schwerbeladene Gepäckträger, klagende Stationsbeamte — verworren konnten dieses amüsante Durcheinander den Blick geben. Denn war das Bild auf allen Bahnhöfen, am buntesten auf dem Kaiser, wo alle die Sonderzüge nach der Schweiz und Kitzl abgefahren wurden. Hier bandelte es sich bei den Reisenden nicht mehr um die Normalberliner, sondern um eine ganz besondere Art. Aus der unheimlichen Wuppe hatte sich der arbeitspendende Schmetterling entfaltet — aber, mit andern Worten: die dort in die Berge hinaufzuführen, hatten alles Städtliche abgelegt und sich von vordere ihren wackrigen "hohen" Zielen entpuppt abgestreift. Saum einer, der nicht in prächtiger alpiner Kulturnatur einherzieht: mit Federhüte und Anzügen, mit "Baberin", jedem Cirkelstrich, von dem die Spieltheater der Provinz die über der Gemüht und der Geliebten schwebte, die Rechte hielt frampflos den Versuch umsonst, die Hände waren mit nach-Befehligen Schuppen verziert, und der Rücken krümmte sich unter der ungewohnten Last des Rucksacks. Und die ganz weißen Kleider nach Petersen und Ewald, Seile, Seile, Seile und andere Dinge mit, die dem hochtouristischen Fremdenbild Kn. Jeder war bemüht, das ein mög-

Die Gumpahöhe jedenfalls ist, daß die Sonne es mit den Herrschaften recht gut meint und ihnen nicht einen Strich durch die Rechnung macht.

Die Gumpahöhe jedenfalls ist, daß die Sonne es mit den Herrschaften recht gut meint und ihnen nicht einen Strich durch die Rechnung macht. Sonst könnten sie lieber zu Hause bleiben und sich mit erdlich geringeren Kosten in Berlin der Hosiorkunst widmen. Das geht nämlich neuerdings — wobei man übrigens durchaus nicht an den Preiserg zu denken braucht. Jeder hat jetzt die Möglichkeit, seinen Bekannten gegenüber außer zurückgekommen zu erscheinen, indem er sich im transportablen Sonnenbad bis zur Unkenntlichkeit braun braten läßt. Diese transportablen Bäder, Luft- und Sonnenbäder sind ebenso einfach in der Erlindung, wie in der Handhabung. Sie bestehen aus ein paar unten angefügten Stäben, die schnell in den Erdboden eingedrungen werden können, und aus einem Reiter lecher Reimband, die in Mannshöhe darun drapiert wird und einen etwa sechs Quadratmeter großen Raum absperrt. Sind die Hände aufgestellt, so ist auch das Luftbad fertig, und der Betrieb kann unmittelbar beginnen. Am besten beginnt er auf den flachen Dächern der Häuser, an denen europäische Verträge ja mit allen Höhen — angefeilt oder nicht — einporzuziehen können. Allerdings dürfte es sich empfehlen, wenn sie ein Eisfeld coactural nur als Symbol mitnehmen, denn wie ich unsere Caspawire fenne, sind sie noch nicht weit genug, um das Schlingen von Stufen zu gestalten.

In nicht allzu fernem Zukunft wird allerdings den glänzende Gelegenheiten eine sehr bedeutsame und den. Mitten im Grunewald, zwischen Westend und Westend, hat der sächsische Unionklub auf dreißig Jahre ein großes Terrain gepachtet, das zu einem Stadion im griechischen Sinne ausgehalten werden soll. Der Kaiser ist, wie verlautet, von dem Plane sehr begeistert und bringt der Verwirklichung reges Interesse entgegen, und so ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Regierung die unbedingte Förderung des Unternehmens zugesichert hat. Unsere Abgänger werden also zum Verantw. in die Arena treten, und den Olympischen Spielen Athens wird am Ende eine schöne Konkurrenz erleben, denn das Deutsche Reiches Hauptstad ist leichter zu erreichen, als die Stadt am Piräus. Zum Herbst soll eine Gesellschaft begründet werden, deren Zweck die Erbauung

und Unterhaltung des Grunewald-Stadions sein würde, und die finanzielle Sicherung der Idee will man gewinnen, indem man die Unterhaltung der an dem projektierten Terrain beteiligten Gemeinden Berlin, Charlottenburg, den Kreis Teltow usw. in Anspruch nimmt.

Bei der stetig wachsenden Anteilnahme weiterer Kreise für sportliche Betreibungen scheinen die Ausschüsse für das Stadion die allerersten und günstigsten, günstigsten jedenfalls, als die des kürzlich hier ins Leben gerufenen "Kaiserbundes". Seine Zwecke sind sehr anerkennenswerte und verdienen rückhaltlose Förderung: die allgemeine Gesundheit bei der Verwirklichung sozialpolitischer und sozialistischer Probleme dürfte aber dazu beitragen, daß er nicht so schnell an Boden gewinnt, wie es zu wünschen wäre. Der Kaiserbund erhebt eine Aufgabe darin, einerseits auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß sie ihren Angestellten, andererseits darin, auf das launische Publikum zu wirken, daß es gewisse Rücksichten ausübt. Zum Beispiel seine Entwürfe zu erwirken, daß der Hauptstadionsklub ermöglicht und die Sonnenbrüche nicht überschritten wird. Aber gerade hierin scheint mir das schlimmste Hindernis für die Auslieferung der trefflichen Idee zu liegen. Die große Masse bringt ihrer Bequemlichkeit nicht gern Opfer und läßt sich nur durch einen Zwang erziehen, wie ihn etwa eine gesetzliche Regelung der Frage ausüben würde. "Kommunen-Royal" ist ein schönes Wort, das nur leider in der Praxis schwer Bedeutung gewinnen wird — trotz aller eifrigen Betreibungen des Kaiserbundes. Ein e r Erfolg, wenn auch keinen sehr großen, hat dieser Bund freilich schon zu verzeichnen: Er hat in der Befriedigungsabrede, auf die er seine Erhebungen zunächst gerichtet hat, neunzehn Firmen ausfindig gemacht, deren Inhaber "lojal gekannt" sind, das heißt, ihren Angehörigen gute Arbeitsbedingungen gemähren. Diese Firmen, die ersten und geschätzten der Branche in Berlin, waren allerdings schon früher so "lojal", schon lange, ehe man an den Kaiserbund auch nur dachte, nun aber trägt ihr Wohlthun ihnen Nutzen. Der Bund hat ihre Namen auf einer "Reihenliste" vereinigt und fordert das Publikum auf, seinen Bedarf bei den dort verzeichneten Geschäften zu decken. Nichts nichts, so fabelhaft auch nicht. Allein, es wird nichts nützen. Jeder wird auch in Zukunft heute schon sagen, daß die Instruktion des Kaiserbundes ein großes Bedenken. Wenn wie die sampe-

und Unterhaltung des Grunewald-Stadions sein würde, und die finanzielle Sicherung der Idee will man gewinnen, indem man die Unterhaltung der an dem projektierten Terrain beteiligten Gemeinden Berlin, Charlottenburg, den Kreis Teltow usw. in Anspruch nimmt.

Bei der stetig wachsenden Anteilnahme weiterer Kreise für sportliche Betreibungen scheinen die Ausschüsse für das Stadion die allerersten und günstigsten, günstigsten jedenfalls, als die des kürzlich hier ins Leben gerufenen "Kaiserbundes". Seine Zwecke sind sehr anerkennenswerte und verdienen rückhaltlose Förderung: die allgemeine Gesundheit bei der Verwirklichung sozialpolitischer und sozialistischer Probleme dürfte aber dazu beitragen, daß er nicht so schnell an Boden gewinnt, wie es zu wünschen wäre. Der Kaiserbund erhebt eine Aufgabe darin, einerseits auf die Arbeitgeber einzuwirken, daß sie ihren Angestellten, andererseits darin, auf das launische Publikum zu wirken, daß es gewisse Rücksichten ausübt. Zum Beispiel seine Entwürfe zu erwirken, daß der Hauptstadionsklub ermöglicht und die Sonnenbrüche nicht überschritten wird. Aber gerade hierin scheint mir das schlimmste Hindernis für die Auslieferung der trefflichen Idee zu liegen. Die große Masse bringt ihrer Bequemlichkeit nicht gern Opfer und läßt sich nur durch einen Zwang erziehen, wie ihn etwa eine gesetzliche Regelung der Frage ausüben würde. "Kommunen-Royal" ist ein schönes Wort, das nur leider in der Praxis schwer Bedeutung gewinnen wird — trotz aller eifrigen Betreibungen des Kaiserbundes. Ein e r Erfolg, wenn auch keinen sehr großen, hat dieser Bund freilich schon zu verzeichnen: Er hat in der Befriedigungsabrede, auf die er seine Erhebungen zunächst gerichtet hat, neunzehn Firmen ausfindig gemacht, deren Inhaber "lojal gekannt" sind, das heißt, ihren Angehörigen gute Arbeitsbedingungen gemähren. Diese Firmen, die ersten und geschätzten der Branche in Berlin, waren allerdings schon früher so "lojal", schon lange, ehe man an den Kaiserbund auch nur dachte, nun aber trägt ihr Wohlthun ihnen Nutzen. Der Bund hat ihre Namen auf einer "Reihenliste" vereinigt und fordert das Publikum auf, seinen Bedarf bei den dort verzeichneten Geschäften zu decken. Nichts nichts, so fabelhaft auch nicht. Allein, es wird nichts nützen. Jeder wird auch in Zukunft heute schon sagen, daß die Instruktion des Kaiserbundes ein großes Bedenken. Wenn wie die sampe-